

## **SYRIZA**

### **EINFÜHRUNG IN DAS REGIERUNGSPROGRAMM SEPTEMBER 2015**

#### **DIE LINKE REGIERUNG UNTER NEUEN BEDINGUNGEN: EIN BOLLWERK, DAS ES ZU VERTEIDIGEN GILT**

##### **1. Einführung**

Der 25. Januar markierte für die politische Lage in Griechenland und Europa einen beispiellosen politischen Wendepunkt. Erstmals seit dem 2. Weltkrieg erhielt im Angesicht einer allgemeinen Wirtschafts-, Politik- und Sozialkrise eine radikale Linkspartei den Regierungsauftrag.

Die Memorandumpolitik der vorherigen fünf Jahre erschütterte die traditionellen politischen und sozialen Vertretungen und zerstörte die soziale Koalition, die aktiv oder passiv den neoliberalen Prozess der Restrukturierung der griechischen Wirtschaft unterstützte, sowie die relevanten sozialen und politischen Beziehungen der letzten 25 Jahre. Das alles ging so weiter, als der sanfte, allmähliche Restrukturierungsprozess durch ein unnachgiebiges Programm mit raschen strukturellen Anpassungen und einer inneren Abwertung abgelöst wurde, das keinen Raum für eventuelle materielle Äquivalente (zinsgünstige Kredite, Steuerbefreiungen, staatlich definierte Ausnahmeregelungen, begrenzte Lohnsteigerungen etc.) für jene Gesellschaftsschichten ließ, die in der vorherigen Periode das neoliberale Machtbündnis unterstützt hatten.

Gleichzeitig ging der Zusammenbruch der früheren sozialen und politischen Bündnisse mit einem wachsenden Volkswillen nach einer kollektiven Mobilisierung sowohl traditioneller (Streiks, Demonstrationen) als auch neuer Prägung (Syntagma-Platz, Initiativen für soziale Solidarität) einher. Als diese Volkskämpfe zunahm, erkannte SYRIZA, dass für die Linke die Zeit gekommen war, sich darum zu bemühen, ein neues soziales Bündnis zu repräsentieren, welches das Potenzial zu besitzen schien, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Und genau das geschah.

Das politische Programm, das die sich vollziehende soziale Neuordnung beschleunigte und vollendete, war das Programm von Thessaloniki mit seinen vier Säulen: Bekämpfung der humanitären Krise, Ankurbelung der Wirtschaft, Wiederherstellung des Arbeitsrechts und demokratischer Umbau des Staates.

Das Ziel dieses Programms bestand in einer Umverteilung von Einkommen und Macht zugunsten jener Klassen, die unter der Memorandumpolitik besonders stark gelitten hatten. Doch es war stets klar, dass zur Umsetzung dieses Programms schwierige Verhandlungen mit den Gläubigern nötig sein würden, um den wichtigsten Hebel für die Durchsetzung der Haushaltskonsolidierungsprogramme zu beseitigen: Die Schulden und den Ausschluss der griechischen Wirtschaft von den Kapitalmärkten.

##### **2. Verhandlungen**

Während des gesamten Prozesses der Verhandlungen mit der neuen Regierung setzten die Gläubiger und die Institutionen die Waffe der finanziellen Erstickung jedoch sehr wirksam ein. Als SYRIZA die Regierungsgewalt übernommen hatte, wurden diese finanzielle Erstickung seitens der EZB und die konstante Bedrohung eines Zusammenbruchs des Finanzsystems des Landes dazu benutzt, wirtschaftlichen und sozialen Druck auf die neue Regierung auszuüben. Das Ziel war es, sie entweder zu stürzen oder ihre bedingungslose Kapitulation sowie die Weiterführung des vorherigen Programms zur Haushaltskonsolidierung und inneren Abwertung herbeizuführen.

Trotz unserer begrenzten Kräfte versuchten wir, uns auf jede mögliche Weise gegen diesen Druck zu verteidigen, legten zugleich aber ein neues politisches Ethos und eine neue soziale Perspektive im In- und Ausland an den Tag.

Was die Verhandlungen betrifft, unternahmen wir trotz der verschwendeten Zeit und möglicher taktischer Fehler alles in unserer Macht Stehende, um uns gegen die finanzielle Erstickung zu stemmen (Aufschub von Zahlungen an den IWF, Nein zur Verlängerung der vorherigen Rettungsvereinbarung, Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, um das Bankensystem vor der finanziellen Erpressung durch die EZB zu schützen). Zudem taten wir alles, was nötig war, um die politische Botschaft an Europa zu senden, dass das Programm zur inneren Abwertung gescheitert war und in der Bevölkerung keinerlei Unterstützung genoss. Diese politische Auseinandersetzung fand ihren Höhepunkt im Referendum vom 5. Juli – jenem Moment, in dem sich die Bevölkerung erhob und Kampfeswille bewies. Dieser Moment ist unlöslich in das Gedächtnis der europäischen Völker eingeebnet und wird in naher Zukunft politische Ergebnisse liefern. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch, dass das Referendum nicht die gegenteilige Wirkung haben darf. Das heißt, es darf nicht der Grund für eine Frustration der Bevölkerung werden, weil die Zeit danach die mit der anfänglichen Begeisterung geweckten Erwartungen nicht erfüllt hat. Die Auseinandersetzungen während des Referendums und in der Zeit danach über die Frage, wie diese Ereignisse zu deuten sind, sollten nicht zu leicht genommen werden. Denn es gibt politische Kräfte, welche die Gründe für das Referendum und seinen Ausgang verzerrt wiedergeben, was vor allem dem Zweck dient, sich seiner zu bemächtigen und es als politisches Mittel zu nutzen, um das Überleben als Opposition zu sichern.

Daher ist es notwendig, sich daran zu erinnern, dass das erklärte Ziel des Referendums darin bestand, die Verhandlungsposition der Regierung bei den nicht auf Augenhöhe stattfindenden, asymmetrischen Verhandlungen zu stärken. Wir haben nie etwas anderes behauptet. Wir haben nie gesagt, dass wir um ein Mandat bitten, die Eurozone zu sprengen und dabei zuallererst uns selbst zu Opfern zu machen. Stattdessen warben wir für die Ablehnung eines Programms mit horizontalen Kürzungen und Steuererhöhungen, das von einer politisch induzierten Studie zur Tragfähigkeit der griechischen Schulden, die hohe Überschüsse im Primärhaushalt forderte, sowie von unzureichenden Finanzmitteln gemäß dem alten Programm (Rettungsvereinbarung von 2012) begleitet wurde, das nur um fünf Monate verlängert werden sollte und mithin die wirtschaftliche Unsicherheit aufrechterhalten und das Risiko eines Grexit schlicht in die nahe Zukunft verschoben hätte.

Und genau dieses Mandat erhielten wir vom griechischen Volk, nämlich diesen konkreten Vorschlag der Institutionen abzulehnen und eine bessere, aber dennoch umsetzbare Einigung zu erzielen, ohne angesichts des extrem negativen Kontexts in Europa eine schwere soziale Katastrophe zu riskieren.

### **3. Das Erpressungsdilemma**

Als das Ergebnis des Referendums feststand, fanden wir uns in Europa in einer absolut feindseligen politischen Landschaft wieder und sahen uns einer repressiven Haltung der Gläubiger und der Institutionen gegenüber. Die Banken unterlagen Kapitalkontrollen, die Notfall-Liquiditätshilfen der EZB waren ausgesetzt, es drohte ein Haircut bei griechischen Anleihen, die zur Liquiditätssicherung für die griechische Zentralbank und die griechischen Banken bei der EZB als Sicherheiten hinterlegt waren, der IWF drängte auf die Rückzahlung der am 30. Juni nicht gezahlten Kredittranche und drohte, Griechenland für zahlungsunfähig zu erklären, der Zugang zu den Märkten war selbstverständlich immer noch unmöglich, und alle Regierungen in der EU erpressten die griechische Regierung. Dadurch standen wir vor dem folgenden Dilemma: Sollten wir eine Vereinbarung unterzeichnen, die hinsichtlich des institutionellen Rahmens und der Bereitstellung von Finanzmitteln (86 Mrd. Euro für drei Jahre statt 5 Mrd. Euro für fünf Monate) nachgebessert worden war und in Bezug auf die Maßnahmen – gelinde gesagt – beunruhigend war, oder sollten wir das Land in einen ungeordneten Zahlungsausfall mit unvorhersehbaren Folgen für die Zukunft führen, d. h. einen möglichen Zusammenbruch (einiger) systemrelevanter Banken, die Beteiligung der verbliebenen Einleger („Bail-in“), ein Ausscheiden aus der Eurozone ohne irgendeine Sicherung für die neue Währung und mithin eine akute soziale und politische Krise in Kauf nehmen, die höchstwahrscheinlich den Zusammenbruch der Regierung und eine humanitäre Krise verursacht hätte? Das Dilemma, vor dem wir standen, lautete nicht „Memorandum oder Drachme“, sondern „Memorandum mit dem Euro oder der Drachme (Schäubles Vorschlag) oder ein ungeordneter Zahlungsausfall“.

Wir mussten uns also entscheiden, ob wir lieber einen taktischen Rückzug wählten, um die Hoffnung auf einen Sieg in einer asymmetrischen politischen Schlacht zu wahren, oder ob wir die Linke mit der historischen Niederlage belasten wollten, das Land in eine soziale Wüste verwandelt zu haben. Wir stellten uns unserer Verantwortung und entschieden uns für die erste Option. Deshalb möchten wir, dass das griechische Volk über uns urteilt.

### **4. Die Vereinbarung mit den Gläubigern**

Was enthält die Vereinbarung, die wir mit den Gläubigern geschlossen haben, tatsächlich? Ist sie wirklich, wie von einigen behauptet, das Schlimmste aus allen drei Memoranden? Ist die Behauptung zutreffend, dass sie ein Programm mit strukturellen Anpassungen beschleunigt und vollendet, das nicht nur die Armut und die humanitäre Krise fortbestehen lässt, sondern zudem die Bedingungen für deren Management in der Zukunft organisiert? Ohne Illusionen über den Inhalt der Vereinbarung schüren zu wollen, müssen wir anmerken, dass diese Behauptungen nichts als politische Übertreibungen sind, die angesichts der Umstände natürlich nachvollziehbar sind. Sie bilden aber keinesfalls die Realität insgesamt ab, und da sie gewöhnlich substanzlos sind, tragen sie nicht zur notwendigen konkreten Analyse der besonderen Situation bei, die sowohl für die Linke als auch für die sozialen Kräfte, die sie vertreten will, eingetreten ist.

Diese spezielle Vereinbarung, die nach einer beispiellosen Erpressung bei den Verhandlungen mit den Gläubigern unter staatsstreicherischen Bedingungen geschlossen wurde, bringt das spezifische Kräftegleichgewicht, das sich in jüngster Zeit im Kontext der Eurozone gebildet hat, zum Ausdruck. Und bekanntlich kann sich niemand diesem Gleichgewicht, das heißt der Realität selbst, entziehen. So spiegelt die Vereinbarung nun in jedem Punkt, jedem Kapitel

und jeder Bestimmung die Ergebnisse der asymmetrischen Verhandlungen, den festen Willen der Gläubiger, das Sozialversicherungs- und Kündigungsschutzsystem völlig aus den Angeln zu heben, sowie die Entschlossenheit der griechischen Regierung wider, sich gegen diese Aussichten zu stemmen.

Mit Bezug auf den ersten Teil der Vereinbarung, die Rettungsvereinbarung, gelang es der griechischen Regierung, den von extrem reaktionären Kreisen in Europa – vor allem vom Schäuble-Lager – unterstützten Plan für eine dauerhafte finanzielle Erpressung, der bis zum Treffen der Eurogruppe am 14. August aktiv blieb, abzuwehren. Laut diesem Plan sollte Griechenland entweder einer Verlängerung der vorherigen Rettungsvereinbarung um fünf Monate zustimmen oder nach dem 12. Juli mit einer Reihe von Brückenkrediten fortfahren, die die Unsicherheit verlängert und das Erpressungspotenzial für die Gläubiger, immer mehr rezessionsfördernde und antisoziale Maßnahmen zu verhängen, dauerhaft verbessert hätten.

Stattdessen konnten wir nach starkem Widerstand, aber auch dank besonderer politischen Initiativen, die alle im real existierenden Europa noch verbliebenen demokratischen Reflexe mobilisierten, mit Erfolg zum einen mit einer neuen Rettungsvereinbarung eine Veränderung des rechtlich-institutionellen Rahmens und zum anderen eine dreijährige Finanzierung erreichen, die sowohl die externen Finanzierungsbedürfnisse als auch die Inlandsverbindlichkeiten deckt, die in erster Linie die Schulden des Staates bei Lieferanten und Auftragnehmern betreffen.

Konkret setzt der neue rechtlich-institutionelle Rahmen der Rettungsvereinbarung den vorherigen – nach Kolonialherrenmanier durchgesetzten – schändlichen Vereinbarungen mit dem EFSF (einer Aktiengesellschaft) ein Ende. Denn von nun an hat Griechenland einen Vertrag mit dem ESM, das heißt mit einer internationalen Organisation, sodass das Vertragsverhältnis zwischen dem Land und dem ESM durch internationales und europäisches Recht geregelt wird. Darüber hinaus wird der Schutz, der durch die Befreiungen und Vorrechte der griechischen Republik und der Bank of Greece gegenüber internationalen Gläubigern sichergestellt wird, wiederhergestellt. Wir haben es hier mit einem völlig neuen Verhältnis zu tun, das alle in ähnlich gelagerten Fällen festgelegten internationalen Schutzstandards erfüllt.

Gleichzeitig gibt es, auch wenn der zweite Teil der Vereinbarung, nämlich der Anhang zur Rettungsvereinbarung, in der Tat ein hartes Programm vorsieht, mit dem die Sparpolitik fortgeführt wird, einige – natürlich begrenzte – Vorteile für die Mehrheit der Gesellschaft. Dabei werden bei einer Vielzahl von Fragen die spezifischen Merkmale der Umsetzung von künftigen Verhandlungen zwischen Griechenland und den Gläubigern abhängen: Daraus entsteht ein weites Feld, das offen ist für politische Konfigurationen und soziale Kämpfe zum Schutz der Lohnempfänger, der Selbstständigen und des Staatseigentums (entsprechende Maßnahmen in Bezug auf das Rentensystem, die Tarifbeziehungen, das Steuersystem und die Verwendung von Staatseigentum).

Ein positiver Aspekt der Vereinbarung ist auch die auf massiven Verhandlungsdruck seitens der griechischen Regierung erreichte Anpassung der Primärhaushaltsüberschüsse. Laut der Vereinbarung wurden ein Defizit im Primärhaushalt von 0,25% für das Jahr 2015 sowie Überschüsse im Primärhaushalt von 0,5% für 2016, 1,75% für 2017 und 3,5% für 2018 als Haushaltsziele festgelegt. Das ist eine bedeutende Lockerung der Auflagen für das Land, sah das vorherige Programm doch Primärhaushaltsüberschüsse von 3% für 2015 und rund 4,5% bis zum Jahr 2018 vor. Und weil die Höhe des Primärhaushaltsüberschusses nichts anderes als eine numerische Kennzahl für das Ausmaß der Sparmaßnahmen ist, haben wir einen

vergleichsweise viel sanfteren Anpassungsprozess sichergestellt, der die Wahrscheinlichkeit neuer Erpressungen, um die Anwendung neuer horizontaler Maßnahmen für die nächsten Jahre durchzusetzen, verringert.

Schließlich legt die Vereinbarung erstmals einen klaren Fahrplan für die Aufnahme von Erörterungen fest, bei denen es um die Reduzierung der Staatsschulden und die Bedingungen für deren Rückzahlung gehen soll. Gerade in diesem Bereich werden wir mit allen Mitteln kämpfen müssen, um ein positives Ergebnis zu erreichen, das die Rahmenbedingungen für das Verhältnis des Landes zu seinen Gläubigern verändern könnte. Denn eine positive Einigung auf eine Reduzierung der griechischen Schulden würde den Machtmechanismus aushöhlen, auf dessen Grundlage dem Land in den letzten fünf Jahren die strikte Sparpolitik und die innere Abwertung aufgezwungen wurden. Bei dieser Auseinandersetzung wird es wichtig sein, auf die neue politische Situation zu bauen, die nach den Verhandlungen in Europa Gestalt annimmt, sind in diesem letzten halben Jahr doch neue Spaltungen in den politischen Familien in Europa aufgetreten.

## **5. Gibt es eine Alternative?**

Viele werfen SYRIZA natürlich vor, sie verteidige mit der Entscheidung, die neue Vereinbarung zu unterzeichnen, die Devise von Margaret Thatcher, dass es keine Alternative („There Is No Alternative“) abseits und anstelle der neoliberalen Notwendigkeiten gebe. In der kurzen Geschichte von SYRIZA gab es wohl nie eine willkürlichere und extremere Fehlinterpretation als diese. Diese Devise von Margaret Thatcher bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass Neoliberalismus, extremer Individualismus und die Jagd nach persönlichem Gewinn der einzige Weg zu gesellschaftlichem Wohlstand seien. Dieses Zitat impliziert, dass jeder andere Weg zum Verlust von Freiheit, zum Totalitarismus und zu sozialem Elend führen werde.

SYRIZA und die von ihr gestellte Regierung haben diese politische und ideologische Haltung nie geteilt. Es ist eine Sache, den Neoliberalismus als strategischen Horizont und einzigen Weg zu gesellschaftlichem Wohlstand zu akzeptieren, aber eine ganz andere Sache zu akzeptieren, dass man zu einem bestimmten Zeitpunkt bei einem bestimmten politischen Kräftegleichgewicht einen taktischen, vorübergehenden Kompromiss eingehen muss, um in der Lage zu sein, weiterzukämpfen und die Möglichkeit und Chance zu wahren, einen Sieg zu erringen.

Es gibt also durchaus eine Alternative, einen anderen Weg, Gesellschaften und Volkswirtschaften zu organisieren. Dieser Weg führt über die Umverteilung von Wohlstand und Macht an die unteren Klassen, die Lohnempfänger im öffentlichen und privaten Sektor, die Selbstständigen und die Rentner, über die Stärkung von Formen der sozialen Wirtschaft, die das Modell unverhohlener oder verschleierter Hierarchien (und mithin Macht) innerhalb von Unternehmen herausfordern und ein Ventil für das kreative Potenzial der überqualifizierten und arbeitslosen Jugend bietet, über den Schutz der Gemeingüter, die nacheinander zum Ziel des Kapitals wurden, über die Förderung des Wohlfahrtsstaates, aber auch über die Ausweitung und Vertiefung von gesellschaftlichen Rechten und demokratischen Freiheiten. Dieser Weg setzt laufende, intakte Beziehungen zu den Bewegungen der unteren Klassen, eine intensive Auseinandersetzung mit den theoretischen Abhandlungen linker Intellektueller, aber auch eine organisierte Massenpartei voraus, die offen ist für die Arbeitswelt und die Jugend. Das ist die Art von Partei, zu deren Aufbau wir

beitragen sollten, wenn wir in dem vor uns liegenden langen und schwierigen Klassenkampf eine Erfolgschance haben wollen.

Angesichts all dieser Punkte ist der Weg zur sozialen Emanzipation, vor allem unter Krisenbedingungen, weder einfach noch kurz. Mal wird man beschleunigen, mal abbremsen müssen. Dieser Weg hat Kurven, Kehren und Sackgassen und verläuft nicht geradlinig, sondern gabelt sich zuweilen und wird holprig sein. Diesen Weg werden wir ausgehend von den Erfahrungen der Arbeiter- und der linken Bewegungen des 19., 20. und 21. Jahrhunderts, aber auch unseren eigenen Erfahrungen ebnen müssen. Anhand derjenigen Erfahrungen also, die wir in den letzten sechs Monaten sammelten, mit allen unseren richtigen und falschen Entscheidungen, Erfolgen und Fehlschlägen.

Denn unser Kampf in diesen sechs Monaten war hart, schmerzvoll und zugegebenermaßen symbolisch für alle Menschen in Europa und weltweit, die sich eine Beseitigung der globalen neoliberalen Hegemonie wünschen und dafür kämpfen. Das kleine Griechenland liefert (heute und künftig) einen politischen Kampf, dessen Bedeutung die Größe des Landes weit übersteigt und der in die Geschichte eingehen wird. Er macht uns zu den Protagonisten des Widerstandes gegen das globalisierte Finanzkapital, am Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche, die mit der Finanzkrise von 2008 ihren Anfang genommen haben könnte. Ob unser Kampf sich letztlich als der Beginn einer neuen Epoche oder als das Ende der vorherigen erweist, wird sich erst im Nachhinein zeigen und vom Ausgang der sozialen und politischen Kämpfe abhängen. Geschichte wird erst rückblickend geschrieben, wenn sich der Staub der Schlacht gelegt hat und ein neues Gleichgewicht entsteht. Und bis zu diesem Gleichgewicht ist es noch ein langer Weg.

## **6. Die Situation in Europa: Zu einer Neuordnung des Machtgleichgewichts**

Gerade die Verhandlungen der griechischen Regierung in diesen letzten Monaten zeigten die aktuellen Grenzen des real existierenden Europas, die Grausamkeit der Mechanismen zur Durchsetzung des Neoliberalismus und das überaus nachteilige politische Kräfteverhältnis auf der Ebene der Institutionen und der verschiedenen Regierungen auf. Trotzdem hat erstmals überhaupt die Regierung eines Mitgliedstaates der EU und der Eurozone dieses Machtverhältnis und die Maßnahmen, die durch dieses Machtverhältnis verordnet werden, also die aggressive Sparpolitik, die restriktive Haushaltsdisziplin und die innere Abwertung, offen infrage gestellt. Es war kein Zufall, dass sich das Interesse der Welt in den gesamten sechs Monaten gebündelt auf eben diesen Umstand richtete und zugleich eine große politische Debatte innerhalb Europas und in den Institutionen entfachte.

Diese Debatte förderte tiefe Risse innerhalb der sozialdemokratischen Parteien in Europa zu Tage, ließ Teile der europäischen Grünen sich der Linken annähern, mobilisierte breitere gesellschaftliche Kräfte, die der griechischen Regierung in der Schlacht beistanden, und rüttelte zugleich Intellektuelle aus aller Welt wach, die die Kritik am extremen Neoliberalismus und der Sparpolitik nicht nur politisch unterstützten, sondern darüber hinaus theoretisch vertieften und untermauerten. Gleichzeitig legte das Griechenland-Problem Deutschlands hegemoniale Rolle bei der Verordnung von Haushaltskonsolidierungsprogrammen offen und zwang seine politische Elite, einen großen Teil ihres politischen Kapitals dafür aufzuwenden, die Bedingungen zu schaffen, um die erste Links-Regierung auf dem europäischen Kontinent seit dem 2. Weltkrieg effektiv zu erpressen.

Der Verhandlungsversuch offenbarte auch die willkürlichen strukturellen Beschränkungen und die politische Natur der Europäischen Zentralbank, die ja nicht als „Kreditgeber der letzten Instanz“ für die Mitglieder der Eurozone fungiert und daher in Wahrheit die Rolle eines institutionellen Erpressers ausfüllt, der mit Hilfe der Liquidität jene Mitglieder des Eurosystems erpresst, die den neoliberalen Kurs der europäischen Politik infrage stellen.

Genau diese Punkte lösen eine breite Debatte sowie politische Konflikte aus, die das europäische Projekt in der Zukunft möglicherweise in eine generelle Krise stürzen könnten, sind Teile der europäischen Elite doch fest entschlossen, den Föderalisierungsprozess in Europa (Bankenunion, Europäischer Finanzminister, Stärkung der EU-Kommission) im Sinne der Stärkung des neoliberalen Projekts weiter voranzutreiben. Bei diesen Auseinandersetzungen sollte Griechenland die Rolle des Protagonisten spielen, der danach strebt, die Widersprüche innerhalb der EU und der Eurozone deutlicher herauszuarbeiten, die politischen und gesellschaftlichen Kräfte für den Widerstand zu mobilisieren und die europäischen Institutionen zu transformieren.

Eine Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Linke weiterhin die Regierung stellt. Denn einzig die Linke kann als Katalysator für radikale Entwicklungen auf dem politischen Schlachtfeld des heutigen Europas fungieren. Eine Wiederherstellung der alten etablierten politischen Kräfteverhältnisse in unserem Land wird dagegen die Chance auf die Entstehung einer großen, internationalistischen gesamteuropäischen Bewegung mit dem Anspruch, bei den vor uns liegenden Kämpfen zu obsiegen, für viele Jahre zunichtemachen.

## **7. Die politische Lage in Griechenland**

Das wahre politische Dilemma, dem sich die Linke nun stellen muss, ist die Frage, ob sie sich dem nachteiligen politischen und sozialen Kräfteverhältnis in Europa beugen und so die Wiederherstellung des bürgerlichen politischen Systems in Griechenland zulassen soll oder ob sie geschlossen kämpfen soll, um aus der Position einer Regierung eine Loslösung vom Neoliberalismus und dem Spardiktat der Memorandumpolitik zu erreichen.

Die Antwort auf diese Frage muss berücksichtigen, dass eine mögliche Rückkehr der bürgerlichen Parteien an die Macht für die Linke eine historische Niederlage bedeuten würde, welche die durch den Wahlerfolg vom 25. Januar eröffneten Perspektiven zunichtemachen dürfte. Das bedeutet keinesfalls, dass der dazu notwendige Sieg bei den Wahlen am 20. September nicht selbst auch mit Risiken verbunden ist: Zu diesen Risiken zählen eine politische Kehrtwende der Partei unter dem Druck eines nachteiligen Kontexts, aber auch infolge der vom neuen Memorandum auferlegten Beschränkungen, die Erosion der Partei und ihre Entkopplung von den Arbeitenden und jenen Bevölkerungsschichten, die sie vertreten will, sowie ihr Wandel zu nicht mehr als einem zahmen Verwalter des Neoliberalismus im Sinne der Memorandumpolitik.

Das ist die wahre Gefahr, die wir bei unseren Bemühungen, in dem Kampf des griechischen Volkes für eine Veränderung der Machtverhältnisse in unserem Land und im Ausland, besonders aus der Position einer Regierung, eine führende Rolle zu spielen, aufmerksam beachten müssen. Die andere Option könnte indes für die Arbeiter eine gewaltige Katastrophe bedeuten, denn eine Rückkehr des alten politischen Systems an die Macht würde sicherlich repressive und bestrafende Maßnahmen gegen die Linke und die betreffenden Bevölkerungsschichten nach sich ziehen und das soziale und politische Kräfteverhältnis

irreversibel zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheit verschieben. Exakt aus diesem Grund zwingt uns trotz der real existierenden Probleme unserer Partei die Realität, entschlossen zu kämpfen, um bei den nächsten Wahlen den Sieg davonzutragen; indem wir unsere Basis mobilisieren und Beharrlichkeit beweisen, zugleich aber unsere vorhandenen Schwächen wie auch die strategischen Dilemmas anerkennen, vor denen wir nach der Auferlegung des neuen Memorandums stehen. SYRIZA verfolgt das Ziel, ein vierjähriges Regierungsprogramm – angesichts der siebenmonatigen Verhandlungs- und Regierungserfahrung jedoch nicht mit demselben Wortlaut – umzusetzen, um sich vom Neoliberalismus und der Sparpolitik zu lösen, einen radikalen demokratischen Umbau des Staates einzuleiten und zugleich Lösungen zu finden, um die Auswirkungen der Vereinbarung abzumildern, sowie Maßnahmen zu ergreifen, die der Mehrheit der Gesellschaft zugutekommen, und das Kräfteverhältnis beständig zugunsten der Arbeitskräfte zu verschieben.

Gerade wegen der Umsetzung dieses Programms ist die Regierung der Linken ein Bollwerk, das es zu verteidigen gilt. Ein wichtiges Bollwerk in dem langwierigen Kampf gegen das neoliberale Modell, das von den bedeutenden Mächten in Griechenland und Europa verfolgt wird.

Der Staat ist keine Festung, sondern ein Netzwerk, ein Beziehungsgeflecht und ein strategischer Bereich für den politischen Kampf. Er verändert sich nicht von einem Tag auf den nächsten und sein notwendiger Umbau erfordert beharrliche, anhaltende Kämpfe, die Beteiligung des Volkes und eine beständige Demokratisierung. So wie der Neoliberalismus die Welt durch jahrzehntelange kontinuierliche Umstrukturierungen und Durchbrüche eroberte, wird auch das strategische Ziel der radikalen Linken, die bedürfnisorientierte Versorgungswirtschaft, die mit der Ausweitung und Vertiefung der direkten und indirekten Demokratie in allen möglichen Bereichen verknüpft ist, Zeit, Ausdauer und Beharrlichkeit brauchen, um im real existierenden Europa der Sparpolitik und des Neoliberalismus, in einer Welt, die vom Grundgedanken der Produktion für den Tausch und den Gewinn beherrscht wird, Fuß zu fassen.

Daher versucht das Regierungsprogramm von SYRIZA unter den gegebenen Umständen, Lösungen anzubieten, Antworten zu finden und den Weg zu ebnen, und definiert dabei die soziale und gesellschaftliche Emanzipation der Arbeitskräfte und der Jugend als nicht verhandelbaren Horizont.